

# Inhaltsverzeichnis

Literaturverzeichnis . . . . .	XIX
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XXI

<b>Einführung . . . . .</b>	<b>1</b>
§ 1. Warum und wie Staatsrecht III studieren? . . . . .	1
I. Staatsrecht III und Grundverständnis im Verfassungs- und Europarecht . . . . .	1
II. Prüfungs- und Examensrelevanz des Staatsrechts III. . . . .	4
III. Praxisrelevanz des Staatsrechts III: vier Referenzfälle zum Einstieg . . . . .	5
1. Fall: Die EMRK und deutsches Recht am Beispiel der Sicherungsverwahrung . . . . .	5
2. Fall: Völker- und Europarecht und deutsches Recht am Beispiel der Terrorismusbekämpfung . . . . .	6
3. Fall: Völkerrecht und deutsches Recht am Beispiel des konsularischen Beistands . . . . .	6
4. Fall: Europarecht und deutsches Recht am Beispiel der Altersdiskriminierung. . . . .	8
5. Fazit . . . . .	9
IV. Zum Umgang mit diesem Lehrbuch . . . . .	9
<b>Teil 1. Die Grundlagen offener Verfassungsstaatlichkeit . . . . .</b>	<b>12</b>
§ 2. Historischer und theoretischer Abriss: Wandel von Staatlichkeit und Souveränität durch globale Herausforderungen . . . . .	12
I. Von der Souveränität zur Interdependenz: die Öffnung des Staates nach außen . . . . .	12
II. Von der Koexistenz zur Kooperation im Völkerrecht . . . . .	15
III. Von der Wirtschaftsintegration zur politischen Gemeinschaft in Europa. . . . .	17
IV. Offene Verfassungsstaatlichkeit als Folge. . . . .	21
V. Theoretische Schwierigkeiten. . . . .	22
VI. Praktische Herausforderungen . . . . .	23
§ 3. Die rechtlichen Grundlagen offener Verfassungsstaatlichkeit . . . . .	25
I. Völkerrechtliche Vorgaben für die innerstaatlichen Wirkungen . . . . .	25

II. Europarechtliche Vorgaben für die innerstaatlichen Wirkungen . . . . .	26
III. Die Vorgaben des Grundgesetzes im Überblick. . . . .	27
1. Verfassungsrechtliche Integrationshebel . . . . .	28
2. Vorgaben für die Ausübung der auswärtigen Gewalt. . . . .	31
a) Inhaltliche Vorgaben . . . . .	31
b) Kompetenzverteilung . . . . .	32
3. Innerstaatliche Wirkungen des Völker- und Europarechts . . . . .	32
<b>Teil 2. Die auswärtige Gewalt unter dem Grundgesetz. . . . .</b>	<b>34</b>
§ 4. Materielle Bindungen und Kompetenzverteilung im Bereich der auswärtigen Gewalt. . . . .	34
I. Überblick . . . . .	34
II. Materielle Bindungen der auswärtigen Gewalt . . . . .	35
1. Grundlagen . . . . .	35
2. Insbesondere: verfassungsrechtliche Grenzen der europäischen Integration . . . . .	36
III. Verbandskompetenzverteilung. . . . .	39
1. Art. 32 GG und Lindauer Abkommen . . . . .	39
2. Die Beteiligung der Länder in Angelegenheiten der Europäischen Union . . . . .	43
IV. Organkompetenzverteilung . . . . .	46
1. Befugnisse des Bundespräsidenten. . . . .	46
2. Kompetenzabgrenzung zwischen Bundesregierung und Bundestag. . . . .	47
a) Die auswärtige Gewalt als Domäne der Exekutive? . . . . .	47
b) Die Zustimmung des Bundestages zu völkerrecht- lichen Verträgen: Art. 59 Abs. 2 GG . . . . .	49
c) Rechtserhebliche Maßnahmen im Rahmen völker- rechtlicher Verträge . . . . .	52
d) Die Integrationsverantwortung des Bundestages in Angelegenheiten der EU . . . . .	58
3. Die Rolle des Bundesverfassungsgerichts . . . . .	62
§ 5. Auslandseinsätze der Bundeswehr . . . . .	65
I. Die völkerrechtlichen Grundlagen des Einsatzes militärischer Gewalt. . . . .	66
II. Verfassungsrechtliche Grundlagen von Auslandseinsätzen der Bundeswehr . . . . .	68
1. Einsatzermächtigungen . . . . .	68
2. Kompetenzfragen: Parlamentsvorbehalt und Rückholrecht. . . . .	72
3. Einsatzbefugnisse. . . . .	76

III. Auslandseinsätze vor dem Bundesverfassungsgericht . . . . .	81
1. Kompetenzfragen . . . . .	81
2. Materiell-rechtliche Fragen im Organstreit? . . . . .	82
<b>Teil 3. Grundgesetz und Völkerrecht . . . . .</b>	<b>84</b>
§ 6. Wirkungen des Völkerrechts in der deutschen Rechtsordnung . . . . .	84
I. Rechtsquellen des Völkerrechts . . . . .	84
II. Die Übernahme völkerrechtlicher Verpflichtungen in das innerstaatliche Recht . . . . .	86
1. Grundlagen des Verhältnisses zwischen Völkerrecht und staatlichem Recht . . . . .	86
a) Monismus und Dualismus . . . . .	86
b) Transformation, Vollzug und Rechtsanwendungs- befehl . . . . .	87
2. Völkerrechtliche Verträge im deutschen Recht . . . . .	89
a) Innerstaatliche Geltung und Rang von Völker- vertragsrecht. . . . .	89
b) Unmittelbare Anwendbarkeit und Einklagbarkeit . . . . .	91
3. Völkergewohnheitsrecht im deutschen Recht . . . . .	94
a) Innerstaatliche Geltung und Rang. . . . .	94
b) Unmittelbare Anwendbarkeit und Einklagbarkeit . . . . .	95
4. Zusammenfassung . . . . .	97
III. Die deutsche Einbindung in internationale Organisationen . . . . .	98
1. Integrationsnormen: Artt. 24 Abs. 1 und 2, 59 Abs. 2 GG . . . . .	98
2. Die Integrationsfolgen. . . . .	99
a) Sekundäres Völkerrecht im deutschen Recht . . . . .	99
b) Die Entscheidungen internationaler Gerichte im deutschen Recht . . . . .	103
IV. Die Völkerrechtsfreundlichkeit des Grundgesetzes als Kollisionsvermeidungsprinzip und das Problem des Treaty Override . . . . .	105
§ 7. Die Europäische Menschenrechtskonvention in der deutschen Rechtsordnung . . . . .	111
I. Die Menschenrechtskonvention als Konstitutionalisierungsprozess. . . . .	112
II. Der Inhalt der Konvention im Überblick. . . . .	113
1. Konventionsgarantien . . . . .	113
2. Rechtsschutzsystem. . . . .	114
III. Völkerrechtliche Wirkungen der Urteile des EGMR . . . . .	116
1. Streitgegenstandsbezogene Umsetzungspflicht aus Art. 46 Abs. 1 EMRK . . . . .	116
2. Umsetzungspflicht in Parallelfällen und Orientierungs- wirkung von Urteilen des EGMR . . . . .	119

IV. Wirkungen der EMRK sowie der Urteile des EGMR im deutschen Recht . . . . .	121
1. Geltung, Rang, unmittelbare Anwendbarkeit und Einklagbarkeit der EMRK . . . . .	121
2. Die Aufwertung der EMRK durch die Verfassungsrechtsprechung . . . . .	122
a) Die Konvention zwischen Gesetzes- und Verfassungsrang . . . . .	122
b) Probleme der verfassungsrechtlichen Berücksichtigungspflicht zu Gunsten der EMRK . . . . .	125
c) Reichweite der Berücksichtigungspflicht und Kollisionsprobleme in mehrpoligen Grundrechtsverhältnissen . . . . .	127
3. Fazit . . . . .	131
<b>Teil 4. Grundgesetz und Europarecht . . . . .</b>	<b>136</b>
§ 8. Wirkungen des Europarechts in der deutschen Rechtsordnung . . . . .	136
I. Rechtsquellen des Europarechts . . . . .	137
1. Primärrecht: EUV, AEUV und allgemeine Rechtsgrundsätze . . . . .	137
2. Sekundärrecht . . . . .	138
a) Die Kompetenzverteilung zwischen EU und Mitgliedstaaten . . . . .	138
b) Verordnungen, Richtlinien und Beschlüsse . . . . .	139
II. Wirkungen des Europarechts im innerstaatlichen Recht . . . . .	142
1. Primärrecht: EUV und AEUV im deutschen Recht . . . . .	142
a) Unmittelbare Geltung und unmittelbare Anwendbarkeit . . . . .	142
b) Einklagbarkeit . . . . .	143
2. Sekundärrecht . . . . .	143
a) Supranationales Sekundärrecht: Verordnungen und individualgerichtete Beschlüsse im deutschen Recht . . . . .	144
b) Nicht-supranationales Sekundärrecht: Richtlinien und nicht-individualgerichtete Beschlüsse im deutschen Recht . . . . .	144
c) Die Direktwirkung von Richtlinien . . . . .	144
III. Der Anwendungsvorrang des Unionsrechts . . . . .	148
1. Grundlagen . . . . .	149
2. Vorrang als Kollisionsnorm . . . . .	150
3. Unionsrechtskonforme und richtlinienkonforme Auslegung . . . . .	152

IV. Unionsrechtliche Vollzugsvorgaben . . . . .	155
1. Grundlagen . . . . .	155
2. Das Diskriminierungsverbot . . . . .	156
3. Das Effektivitätsgebot . . . . .	156
a) Die Durchsetzung von Unionsrecht und das subjektive Recht . . . . .	156
b) Die Rückforderung unionsrechtswidriger Beihilfen . .	158
c) Die Aufhebung bestandskräftiger unionsrechtswidri- ger Verwaltungsakte . . . . .	162
d) Modifikationen beim vorläufigen Verwaltungsrechts- schutz . . . . .	164
4. Staatshaftung für Verletzungen des Unionsrechts . . . . .	166
V. Prozessuale Verschränkungen . . . . .	169
1. Das Vorabentscheidungsverfahren . . . . .	169
2. Überblick über den Rechtsschutz des Einzelnen vor dem EuGH . . . . .	170
3. Der EuGH als gesetzlicher Richter: Verfassungsbeschwer- den wegen der Nichtvorlage an den Gerichtshof . . . . .	174
§ 9. Verfassungsrechtliche Integrationsschranken und Vorrang- begrenzung in der Rechtsprechung des BVerfG . . . . .	178
I. Unterschiedliche Prämissen von EuGH und BVerfG zum Wesen der Unionsrechtsordnung . . . . .	179
II. Die verfassungsrechtlichen Integrationsschranken und ihre Vorrangbegrenzungsfunktion . . . . .	181
1. Die Reichweite der verfassungsrechtlichen Integrationsschranken . . . . .	181
2. Primärrechtsrelevante Integrationsschranken . . . . .	183
a) Demokratieanforderungen an die Europäische Union . .	183
b) Rückwirkungen des Integrationsprozesses auf die innerstaatliche Demokratie: Kompetenzerhaltung und Entstaatlichungsverbot . . . . .	187
3. Sekundärrechtsrelevante Integrationsschranken . . . . .	191
a) Grundrechtskontrolle von Europarecht: Solan- ge I, Solange II, Maastricht, Bananenmarkt und Europäischer Haftbefehl II . . . . .	192
b) Kompetenzkontrolle von Europarecht: Maastricht, Lissabon, Honeywell, OMT und CETA . . . . .	197
c) Identitätskontrolle von Europarecht: Lissabon, Europäischer Haftbefehl II und OMT . . . . .	203
4. Verfassungsrechtliche Vorgaben für die deutsche Beteiligung an der Stabilisierung des Euro . . . . .	209
a) Tatsächlicher Hintergrund und getroffene Maßnahmen . . . . .	209

b)	Unionsrechtliche Probleme der Maßnahmen zur Stabilisierung des Euro . . . . .	212
c)	Verfassungsrechtliche Probleme der Maßnahmen zur Stabilisierung des Euro . . . . .	213
III.	Verfassungsprozessrechtliche Folgen der Karlsruher Rechtsprechung . . . . .	220
1.	Mögliche Prüfungsgegenstände im Europaverfassungsrecht . . . . .	220
a)	Primärrecht: Kontrolle des Zustimmungsgesetzes zu Vertragsänderungen . . . . .	220
b)	Sekundärrecht: von der Kontrolle von Unionsrechtsakten zur Kontrolle von Durchführungsrechtsakten . . . . .	221
2.	Der Prüfungsmaßstab des Bundesverfassungsgerichts im Europaverfassungsrecht . . . . .	223
a)	Deutsche Verfassungsidentität als Prüfungsmaßstab . . . . .	223
b)	Lockerung der Verfassungsbindung auch bei unionsrechtlich determinierten Durchführungsrechtsakten . . . . .	224
c)	Unionsverfassungsrechtliche Kompetenzordnung als Prüfungsmaßstab bei der ultra vires-Kontrolle . . . . .	228
3.	Anwendungsbereiche und Problemstellungen der verschiedenen Verfahrensarten I: Normenkontrollen und Organstreitverfahren . . . . .	228
4.	Anwendungsbereiche und Problemstellungen der verschiedenen Verfahrensarten II: Verteidigung des „Grundrechts auf Demokratie“ mit der Verfassungsbeschwerde . . . . .	231
a)	Das Fehlen eines klassischen Grundrechtseingriffs als Ausgangsbefund . . . . .	231
b)	Ursprung der materiellen Aufladung von Art. 38 Abs. 1 Satz 1 GG: die kompetenzbezogene Entleerungsrüge und ihre Spielarten . . . . .	232
c)	Fortsetzung der materiellen Aufladung von Art. 38 Abs. 1 Satz 1 GG: die legitimationsbezogene Verdrängungsrüge und ihre Spielarten . . . . .	232
d)	Identitätskontrolle jenseits des Demokratieprinzips und Art. 38 Abs. 1 Satz 1 GG . . . . .	234
e)	Kritik am „Grundrecht auf Demokratie“ . . . . .	235
f)	Zusammenfassung und Hinweise zum Prüfungsaufbau . . . . .	236
	<b>Sachverzeichnis</b> . . . . .	<b>240</b>